

1/ H2. Rh-219. 29.09.2007

VG will bei Schule mitreden

Fraktionen im VG-Rat zögern Entscheidung zum Gymnasium noch hinaus

BODENHEIM. Die Verbandsgemeinde Bodenheim wird die Trägerschaft der Regionalen Schule Nackenheim vermutlich bereits zum 1. Januar 2008 an den Landkreis übertragen. Zwar konnte sich der Verbandsgemeinderat nicht dazu entschließen, seine Zustimmung schon in seiner Sitzung am Donnerstagabend zu geben. Doch den Fraktionen ist klar, dass an diesem Beschluss nichts vorbei geht.

Schmerzen mit einem schnellen Votum äußerte vor allem CDU-Fraktionschef Matthias Schäfer. „Dann haben wir formal keinen Einfluss mehr auf die weiteren Abläufe“, erläuterte er. Er sieht ein Informationsdefizit der Fraktionen durch die Verwaltung. „Die Interessen der Eltern wurden bisher sträflich vernachlässigt“, fügte Christina Göth (Grüne) hinzu, die eine Verunsicherung der Eltern über die Abläufe beim geplanten Ortswechsel der Regionalen Schule nach Oppenheim vermutet. So drohe das Ganztags-Angebot an der Regionalen Schule weg-

zufallen, wenn die Schülerzahl an der Regionalen Schule durch die Einschulung der neuen Jahrgänge in Oppenheim zurückgehen, „solche Dinge müssen wir mit den Eltern besprechen.“

Auch ist die Gründung des Zweckverbandes zwischen den beiden Verbandsgemeinden noch immer nicht auf den Weg gebracht, „das muss unbedingt schnell geschehen“, forderte Marianne Grosse (SPD). Doch VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf (parteilos) ließ eine kurzfristig angesetzte Abstimmungssitzung zum Schulthema mit der VG Nierstein-Oppenheim wegen Terminkonflikten sausen. „Da hätte ich anders gesetzte Termin-Präferenzen erwartet“, kritisierte Grosse.

„Es ist nicht gerade flüssig, was da passiert“, zeigte sich auch Schäfer irritiert von der „holterdiepolter-Info“ durch den VG-Bürgermeister. Nun soll der Rat erst am Tag nach einer Info-Veranstaltung für die Eltern in der Schule, die der Rat auf den 22. Oktober terminierte, den Übergabebe-

schluss fällen. Stumpf konnte den Fraktionen nur mündlich von einem taufischen Gespräch zwischen Schulleiter Helmut Grimm, dem Schulleiterbeirat und Landrat Claus Schick berichten. „Der Landrat hat alle Bedenken des Schulleiters und der Eltern ausgeräumt“, versicherte Stumpf. Auch gegenüber der VG habe der Kreis in der Sache „alle Forderungen erfüllt“. So würden im Vertrag mit dem Kreis auch der Erhalt des Ganztagschul-Status und des Mittagessens in der Regionalen Schule geregelt.

Die Verbandsgemeinde wird laut Vertrag vom Kreis für die Abgabe der Trägerschaft der Schule, die dann zum Gymnasium umgewandelt wird, mit 2,5 Millionen Euro entschädigt – eine freiwillige Zahlung des Kreises, wie Stumpf betonte, „denn bei der Übergabe einer Schule muss eigentlich nichts bezahlt werden“. Der Betrag ist Bestandteil des Nachtrags Haushalts 2007 des Kreises, wird nun aber erst im kommenden Jahr fließen. (gus)